

Pressekonferenz  
des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.  
am 01.09.2023  
zur Protestaktion  
ROTE KARTE für die Gesundheitspolitik  
am 08.09.2023 in Berlin, Brandenburger Tor  
ab 13 Uhr

**Statement Sylvia Gabel,  
Referatsleiterin Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) im Verband medizinischer  
Fachberufe e.V.**

**Warum zeigen Zahnmedizinische Fachangestellte und ganze zahnärztliche  
Praxisteams der Gesundheitspolitik die ROTE KARTE?**

Allgemein könnte ich antworten: Weil die Budgetierung im zahnärztlichen Bereich wieder eingeführt wurde und weil sie - bei derzeit hohem Fachkräftemangel - dazu führen wird, dass die Arbeitsplätze der ZFA verloren gehen. Die Konsequenzen für die Patientinnen und Patienten sind: langwierige Behandlungen, Wartezeiten und Wechselwirkungen zur Allgemeingesundheit.

Es betrifft die konservierende chirurgische Zahnbehandlung: Im KZV-Bereich Nordrhein erhält jeder Zahnarzt pro Quartal für jeden Patienten maximal 80-85 Punkte – 1 Punkt ca. 1€. Kommt ein Patient mit 8 kariösen Zähnen in die Praxis, darf er dann zwei Jahre zur Behandlung kommen, jedes Quartal für 1 Zahn. Dann ist das Budget erschöpft.

In Zahlen heißt das:

eingehende Untersuchung	18 Punkte
Zahnstein entfernen	16 Punkte
Infiltrationsanästhesie	8 Punkte
Zweiflächige Füllung	39 Punkte
	81 Punkte

oder

Dreiflächige Füllung	49 Punkte
Parodontal Screening Index	12 Punkte
Infiltrationsanästhesie	8 Punkte
Beratung	9 Punkte
Budget:	78 Punkte

Bei dieser Berechnung ist kein Röntgenbild, keine Vitalitätsprüfung, keine besonderen Maßnahmen zur Füllungstherapie und schon mal gar nicht eine Wurzelkanalbehandlung oder Zahnextraktion möglich. Ein Röntgenbild kostet: 12 € für 2 Zähne, bis zu acht Zähnen 34 € und für eine Orthopantomogram Aufnahme (Aufnahme des ganzen Ober- und Unterkiefers) 36 €.

Die Budgetierung betrifft auch die Parodontitistherapie: Jahrelang wurde an der Leitlinie für die Parodontalbehandlung gearbeitet. Am 01.07.2021 trat sie in Kraft und ab dem 01.09.2021 wurde nach der neuen Leitlinie gearbeitet und abgerechnet. Es war ein Meilenstein, um diese Volkskrankheit zu bekämpfen. Dann wurde ab dem 01.01.2023 das Budget angeordnet.

Aber die Krankenkassen genehmigen fleißig jeden Parodontal-Antrag, und die Patientinnen und Patienten erwarten eine zügige Behandlung – für die die zahnärztlichen Teams nicht bezahlt werden. Das ist für mich **versteckte Leistungskürzung!** Wegen der Budgetierung fallen z.B. auch Diabetiker aus dem Behandlungskonzept der Parodontologie, weil sie nicht zu den vulnerablen Gruppen gehören. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Mundgesundheit und HBA 1c Wert bekannt. Ein Motto vom Tag der Zahngesundheit lautet: Gesund beginnt im Mund! Diese Worte haben in Deutschland keine Bedeutung mehr, es wird gespart – aber am falschen Ende.

Pressekonferenz  
des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.  
am 01.09.2023  
zur Protestaktion  
ROTE KARTE für die Gesundheitspolitik  
am 08.09.2023 in Berlin, Brandenburger Tor  
ab 13 Uhr



Bei einem Budget von 85 € im Quartal bleiben bei 1200 Patientinnen und Patienten pro Monat 34.000 Euro. Von diesem Geld müssen Gehälter, SV-Abgaben, Versicherungen, Mieten, Materialien, Investitionen, Reparaturen, Laborrechnungen, Versorgungsamt, BG und sonstige Beiträge bezahlt werden. Hinzu kommt, dass die Summe im nächsten Jahr genau nachberechnet wird. Dann drohen Honorarrückzahlungen. Genaue Kalkulationen können nicht getätigt werden.

Die Budgetierung im zahnärztlichen Bereich, die es seit dem 01.01.2023 gibt, verhindert die Planung und Kontrolle der finanziellen Ressourcen:

1. Eine genaue Umsatzprognose ist nicht möglich.
2. Eine Kostenanalyse ist schwierig, weil Materialien und Laborkosten aufgrund der Budgetierung von Leistungen nur begrenzt berücksichtigt werden können.
3. Investitionen in Ausrüstung, Technologie oder Renovierungen sind fraglich.
4. Mitarbeiterbindung und Personalplanung ist nicht machbar.
6. Für Fortbildungen und Schulungen für das zahnärztliche Personal und dem Praxisinhaber\*in sind keine Mittel übrig.

Die Sorge um den Arbeitsplatz verstärkt den Stress der Kolleginnen und Kollegen, auch mit dem Arbeitgeber. Gleichzeitig wächst der Stress mit den Patientinnen und Patienten, die nichts über die Budgetierung und auch nichts über unsere Ängste wissen. Diskussionen mit ihnen über Zuzahlungskosten, Preise vom Zahnersatz, lange Wartezeiten auf einen Termin - das alles können auch Patienten nicht mehr bewältigen, denn auch sie spüren die Inflation, die steigenden Kosten und Preise.

ZFA liegen bei der Fachkräfte-Engpass-Analyse gemeinsam mit den Pflegefachkräften auf Platz 1. Im Gegensatz zum stationären bzw. Pflegebereich sorgt sich der Gesetzgeber bei ZFA allerdings nicht darum, diesen Fachkräftemangel zu beseitigen. Er ändert sogar die Bedingungen durch Budgetierung so, dass noch weniger Finanzen zur Verfügung stehen, um die ohnehin niedrigen Gehälter zu bezahlen. Deshalb zeigen wir der Gesundheitspolitik die ROTE KARTE.